



CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen
Frau Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Geschäftsstelle:
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211
Fax 0241 / 432 7222
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 22.012

Aachen, den 09.02.2022

RATSANTRAG

Angsträumen mutig entgegentreten

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Internetplattform zur Meldung von Angsträumen einzurichten.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, auf Grundlage der eingegangenen Meldungen Angsträume zu identifizieren, die Ursachen der Angstgefühle zu ergründen und der örtlich zuständigen Bezirksvertretung Maßnahmen zur Aufwertung der Bereiche vorzuschlagen.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, im Rahmen der Stadtplanung sowie der Planung städtischer Baumaßnahmen eine Prüfung des Angstraumpotentials vorzunehmen und deren Ergebnis den zuständigen politischen Gremien vorzulegen.

Begründung

Sicherheit ist nicht nur die objektive Abwesenheit von Gefahren. Sicherheit ist insbesondere ein Gefühl. Aus einer stadtplanerischen und -gestalterischen Perspektive führt dies dazu, dass in einer Stadt Angsträume entstehen können. Dabei handelt es sich um Bereiche, in denen Menschen aufgrund der Lichtverhältnisse, der baulichen Situation oder anderer örtlicher Gegebenheiten vermehrt Angst empfinden. Auf eine tatsächliche Gefährdung kommt es dabei

nicht an. Angsträume können sich schlimmstenfalls zu No-Go-Areas mit einer faktisch erhöhten Kriminalitätsrate entwickeln.

Die Schaffung, Erhaltung und Steigerung von Sicherheit zählen zu den fundamentalen Aufgaben eines jeden politischen Handelns. Daher gilt es, Angsträume aufzuwerten und ihnen bestenfalls den furchteinflößenden Charakter zu nehmen.

Dazu soll zunächst ein Portal zur Meldung von Angsträumen eingerichtet werden. In diesem können Bürgerinnen und Bürger angeben, wo und warum sie sich unsicher fühlen. Die Meldungen sollen dann von der Verwaltung ausgewertet werden. Um trotz der subjektiven Eindrücke ein gewisses Maß an Objektivität zu gewährleisten, könnte die Auswertung sozialwissenschaftlich begleitet werden. Nach der Identifikation der Angsträume sollen ihre Ursachen ergründet werden. Nur so kann die Verwaltung in einem weiteren Schritt Vorschläge zur Aufwertung der als Angsträume erkannten Bereiche erarbeiten. Diese Vorschläge sollen dann der jeweils zuständigen Bezirksvertretung zur Beratung und Entscheidung vorgelegt werden.

Neben der Beseitigung bestehender Angsträume ist es ebenso wichtig, neue Angsträume erst gar nicht entstehen zu lassen. Daher soll die Verwaltung künftig im Rahmen der Stadtplanung sowie im Vorfeld städtischer Baumaßnahmen das Potential zur Entstehung von Angsträumen untersuchen. Die Ergebnisse sollen dann den zuständigen politischen Gremien vorgelegt werden, um die mögliche Entstehung von Angsträumen bei der Entscheidungsfindung bestmöglich berücksichtigen zu können.



Iris Lürken
Fraktionsvorsitzende